

Betuwe-Sicherheit

EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker bestätigt Bürgerinitiativen
Leider noch keine konkreten Maßnahmen der Europäischen Kommission – Aktionstag geplant

Der Verband der Bürgerinitiativen hatte sich am 8. April 2015 bei der EU-Kommission über die Bundesrepublik Deutschland beschwert. Grund der Beschwerde ist die Ablehnung der Bundesregierung, Forderungen aller Betuwe-Feuerwehren nach sachgerechter Sicherheit zu erfüllen.

Die Deutsche Bahn AG, nach wie vor ein 100%iger Staatsbetrieb, und das Eisenbahnbundesamt lehnen die Forderung der Feuerwehren komplett ab, genauso wie besseren Lärmschutz und transparente Lärmschutzwände an den Bahnhöfen abgelehnt werden – weil Auftraggeber und Eigentümer der Deutschen Bahn AG, unsere Bundesregierung, dafür kein Geld bereitstellen will.

Die Bundesregierung hat im März 2015 bei der Europäischen Union 2,8 Milliarden € Fördermittel für Verkehrsprojekte beantragt, davon 2,5 Milliarden € für Schienen-Projekte, um Engpässe im europäischen Schienen-Netz zu beseitigen. Mit den EU-Fördermitteln sind eindeutige Auflagen verbunden, insbesondere ist die sichere und menschengerechte Erweiterung des Schienennetzes vorgeschrieben. Auch unsere Bundesregierung muss sich an die EU-Bestimmungen halten, EU-Verordnungen sind gültige Gesetze.

EU-Präsident Jean-Claude Juncker antwortet uns „Vor allem gilt es sicherzustellen, dass durch die Schaffung guter Verkehrsverbindungen keine Nachteile für die Umwelt entstehen und dass die Sicherheitsstandards eingehalten werden.“

Da die Bundesregierung auf unsere Beschwerden nicht reagiert, wenden wir uns an die Europäische Union, weil Fördergelder trotz dieser Verstöße von fast drei Milliarden Euro gewährt werden. Wegen der Verwendung dieses Geldes stellen wir jetzt konkrete Fragen:

- Wie prüft die Kommission die Einhaltung der EU-Verordnungen?
- Wer prüft das konkret vor der Auszahlung, welche Person oder Institution?
- Wo können wir das Prüfergebnis einsehen?
- Wo können wir Klage erheben?

Als EU-Bürger sind wir sehr irritiert, dass sogar auch unser EU-Abgeordneter, Herr Karl-Heinz Florenz, nicht helfen kann. Er schreibt uns am 29.05.2015 „Ich bin leider nicht in der Lage, von Brüssel aus Ihre Vorwürfe zu prüfen“.

Die Planungsmängel der Bundesrepublik Deutschland sind offensichtlich, die Verstöße gegen EU-Gesetze auch. Wir wollen nicht erst nach Fertigstellung der Gleise die Klage vor Gericht erheben, sondern schon vorher gravierende Sicherheitsmängel und Belastungen für Anwohner verhindern. Weil Regierung und Politik und nicht sachgerecht handeln, werden die Bürgerinitiativen einen Aktionstag gegen Sicherheitsmängel organisieren. Viareggio darf sich nicht bei uns wiederholen.

Die Bürgerinitiativen der Region protestieren gegen einen rücksichtslosen Gleis-Ausbau, der Hunderttausende Anwohner und deren Kinder in den nächsten 100 Jahren gesundheitlich belasten wird, und der die Lebensqualität in unseren Städten weiträumig verschlechtert.